



Links in der Einweg-, rechts in der Mehrwegverpackung: Nudeln aus einem asiatischen Imbiss in Freiburg.

FOTO: THOMAS KUNZ

Stadt legt Verpackungssteuer auf Eis

Eigentlich sollte die Stadtverwaltung bald ein Konzept für eine Verpackungssteuer in Freiburg vorlegen. Doch nun will OB Martin Horn einen anderen Weg einschlagen – und geht auf Konfrontationskurs zu den Grünen.

■ Von Christoph Giese, Alexandra Röderer

FREIBURG Die Stadtverwaltung vollzieht die Kehrtwende: Noch vor einem Jahr hat Umweltbürgermeisterin Christine Buchheit einen erneuten Vorstoß für die Einführung einer Verpackungssteuer auf den Weg gebracht, unlängst hat das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit der Abgabe höchststrichlich festgestellt – doch nun will Oberbürgermeister Martin Horn die Sache vorerst auf Eis legen. „In Zeiten von deutlich höheren Lebensmittelpreisen, Politik- und Bürokratieverdross und knappen Personalressourcen wollen wir in der Gesamtabwägung keine neue Steuer einführen“, sagte Horn am Mittwoch. Der zu erwartende bürokratische Aufwand für die Betriebe und die Verwaltung sei zu groß. Der jetzi-

ge Weg sage nicht „Nein“ zur Einführung, sondern „jetzt noch nicht“.

Statt der Steuer nach Tübinger Vorbild wolle man für die nächsten zwei Jahre bei städtischen Veranstaltungen, Märkten sowie Frühjahrs- und Herbstmesse verstärkt auf Mehrwegalternativen setzen, um Müll durch Einwegverpackungen zu reduzieren, ein Mehrwegsystem zu etablieren und eine Art Gewöhnungseffekt bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu erzielen. „Die Stadt muss als Vorbild für gute Mehrweglösungen vorangehen“, sagte OB Horn. Man wolle unbürokratische und praktische Lösungen. Die Details für die sogenannte „Mehrweg-Offensive“ befänden sich noch in der Abstimmung, eine entsprechende Drucksache werde derzeit ausgearbeitet. Für deren Umsetzung sollen über eine Änderungsliste im Doppelhaushalt 100.000 Euro pro Jahr für Begleitmaßnahmen eingestellt werden. Die bereits im Doppelhaushalt erwarteten Einnahmen aus der Verpackungssteuer in Höhe von 1,1 Millionen Euro für das Jahr 2025 und 2,2 Millionen Euro für 2026 würden angepasst.

Der „Mehrweg-Offensive“ können die Grünen im Freiburger Gemeinderat

nichts abgewinnen. Seit Jahrzehnten machen sie sich für die Einführung einer Verpackungssteuer stark. „Wir wünschen uns einen Oberbürgermeister, der für die Green City spricht und nicht für McDonalds“, sagte der Fraktionsvorsitzende Simon Sumbert. Horn folge in seiner Argumentation eindeutig der Systemgastronomie. „Kampagnen sind gut, aber das macht Freiburg seit fast zehn Jahren, das ist eine Nebelkerze und nichts Neues“, sagte Sumberts Co-Vorsitzende Sophie Schwer. Das beste Rezept gegen Politikverdrossenheit sei Verlässlichkeit, nicht Wankelmut.

Wer ebenfalls vom Nutzen einer Verpackungssteuer überzeugt ist, ist der Lokalverein Innenstadt. „Wir sind der Stadtteil, der den Verpackungsmüll am deutlichsten mitbekommt“, sagte die Vorsitzende Anca Rosler-Koslar. Jeder habe die Möglichkeit, die Verpackungssteuer durch Mehrweg zu umgehen, sie plädierte weiter für die kombinierte Einführung von Steuer und Mehrweg-Alternativen.

Industrie- und Handelskammer Südl. Oberrhein (IHK) und der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) lehnen die Abgabe indes entschieden ab

und begrüßen den Weg, den OB Martin Horn einschlagen will. „Das ist eine schöne Nachricht. Unsere Argumente sind offenkundig in der Verwaltungsspitze angekommen“, sagte der Vorsitzende der Dehoga-Kreisstelle Freiburg, Christoph Glück. Der stellvertretende IHK-Hauptgeschäftsführer Alwin Wagner sprach von „wegweisenden Signalen an die Betriebe vor Ort“. Jetzt bleibe zu hoffen, dass die Mehrheit des Freiburger Gemeinderats der Stadtverwaltung folgen werde – auch dem Offenburger Beispiel. Dort hatten die Stadträtinnen und Stadträte am Montag einen Antrag der Grünen-Fraktion zur Verpackungssteuer abgelehnt.

Im Freiburger Rat stellen die Grünen jedoch mit 13 Stimmen die stärkste Fraktion – anders als in Offenburg (8 Sitze). Ob sie jedoch eine Mehrheit zustande bringen, ist nicht sicher. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Januar hatten sich die anderen Fraktionen eher bedeckt gehalten, zu groß waren die Vorbehalte, zu groß die Zweifel am tatsächlichen Nutzen. Dies wurde auch in vergangenen Diskussionen in den Ausschüssen deutlich. Grünen-Fraktionschefin Sophie Schwer stellt jedoch klar: „Die Grünen setzen weiter auf die Verpackungssteuer, sie ist gut für Mensch und Umwelt.“